

Christoph Scherrer

Auspolierte Kratzer

Das US-Finanzkapital: Durch mehr Regulierung weiter hegemonial?

Sieben Jahre nach der Krise erfreut sich das US-Finanzkapital weiterhin hoher Profite und einer starken Stellung gegenüber der internationalen Konkurrenz. Allerdings müssen sich seine Führungskräfte häufiger vor Gericht rechtfertigen und in Vergleichen beachtliche Summen an den Staat zahlen. Zudem wird das recht umfassende Regulierungsgesetz von 2010 („Dodd-Frank Act“) zwar immer wieder verwässert, doch Schritt für Schritt umgesetzt, sodass der Handlungsspielraum des Finanzkapitals eingeschränkt zu sein scheint. Zum Höhepunkt der Finanzkrise veröffentlichte ich in der PROKLA eine Analyse des Aufstiegs des Finanzkapitals vor der Krise und zum damaligen akuten Krisenmanagement (Scherrer 2008). Ich kam damals zum Schluss, dass die Hegemonie des Finanzkapitals nur angekratzt sei, da die Krisenlösungen fast ausschließlich durch Akteure des Finanzwesens konzipiert und umgesetzt wurden. Im Jahre 2015 stellt sich die Frage, ob diese Kratzer an der Hegemonie des Finanzkapitals größer oder kleiner geworden sind.

Im damaligen Aufsatz habe ich einige Kriterien aufgestellt, anhand derer der Zustand der „gramscianischen“ Hegemonie des Finanzkapitals gemessen werden könnte: Wer definiert die Ursachen der Krise? Wer gibt die Lösungen vor, bzw. die Richtungen für die Suche nach Lösungen? Wer trägt die Masse der Lasten? Jetzt wäre zusätzlich zu fragen, ob die wirtschaftliche und politische Stellung des Finanzkapitals wieder das Vorkrisenniveau erreicht hat. Aufgrund der durch das Finanzreformgesetz von 2010 veranlassten umfassenden Reregulierung des Finanzwesens stellt sich zudem die Frage, inwiefern der Handlungsspielraum des Finanzkapitals eingeschränkt wurde, und falls dies nur sehr begrenzt der Fall ist (was in diesem Artikel belegt wird), welche Rolle diese Re-Regulierung für die gesellschaftliche Stellung des Finanzkapitals in den USA spielt. Letztere Frage wird durch die These von Mareike de Goede aufgeworfen, die besagt, dass Regulierung zur Legitimation der betreffenden Aktivitäten beiträgt, indem sie vermeintlich schädliches Handeln von gesellschaftlich nützlichem Handeln abtrennt, und zwar selbst dann, wenn die Regulierungsmaßnahmen eher symbolischen Gehalt haben (de Goede 2005).

Zunächst fasse ich kurz die Argumente zusammen, die die These von der Hegemonie des Finanzkapitals vor der Krise stützen. Es folgt ein Abriss des Krisenmanagements mit Blick auf die Lastenverteilung. Sodann wird zum einen die Reregulierung und zum anderen die juristische Aufarbeitung des Fehlverhaltens von Finanzmarktakteuren behandelt. Dies mündet zunächst in eine Skizzierung der derzeitigen Stellung des Finanzkapitals ein und dann in eine ausführlichere Analyse der Qualität der Hegemonie des US-Finanzkapitals einschließlich der Potenziale einer Gegenhegemonie.

Hegemonie des Finanzkapitals vor der Krise

Zum Finanzkapital zähle ich alle Finanzakteure, die auf eigene Rechnung an den Finanzmärkten teilnehmen, worunter vor allem Großbanken, Investmentbanken, Hedgefonds und Großinvestoren fallen, aber unter Umständen auch öffentliche Banken, wie das Beispiel der deutschen Landesbanken zeigt, die die Investmentbanken nachahmen (Scherrer 2014). Wird unter Hegemonie die Fähigkeit verstanden, partikulare Interessen zu universalisieren (Gramsci 1991ff., Heft 6 §88), so gilt es, die „bornierten“ Interessen des Finanzkapitals zu identifizieren: Erzielung hoher Renditen, ein möglichst großer Handlungsspielraum und die staatliche Absicherung im Falle von Krisen (Scherrer 2008: 539f.). In den letzten Jahrzehnten gelang es dem Finanzkapital, insbesondere in den USA, diese Interessen durchzusetzen: überdurchschnittliche Kapitalrendite, exorbitante Gehälter für das mittlere und gehobene Management, massive Zurücknahme staatlicher Aufsicht und staatlich vermittelte Sozialisierung der Verluste (ebd.). Inwiefern sahen andere gesellschaftliche Gruppen bei dieser Zielerreichung des Finanzkapitals ihre eigenen Interessen aufgehoben? Diese Frage soll in Bezug auf einige dieser Gruppen in den USA beantwortet werden.

Nach anfänglichen Widerständen in den 1980er Jahren, als die „feindliche“ kreditfinanzierte Übernahme von Industriekonzernen durch Börsenspekulanten im großen Stil begann, hat das industrielle Management gelernt, sich mit dem Finanzmarktkapital zu arrangieren, indem es verstärkt selbst in Finanztitel investiert (Krippner 2011). Die Entlohnung des Managements wurde durch Aktienoptionspläne zunehmend von der Entwicklung der Aktienmärkte abhängig. Ihre eigenen Gehälter entkoppelten sich dabei von den Löhnen der einfachen MitarbeiterInnen, und zwar indem sie diesen zu verstehen gaben, dass im Falle von höheren Löhnen eine Zerschlagung des Unternehmens durch Börsenspekulanten anstünde. Die Trennung zwischen Finanzwesen und Industrieunternehmen wurde so weitgehend aufgehoben und „Hilferdings“ Finanzkapital ist wieder aufstanden (Greitens 2012). Somit kann vor der Finanzkrise ein aktiver Kon-

sens des Industrie- und Handelskapitals zur „Finanzialisierung“ diagnostiziert werden (Heires/Nölke 2014).

Bei der lohnabhängigen Bevölkerung lag eher ein passiver Konsens vor. Diese ist auf die Dienste der Finanzwirtschaft angewiesen. Dazu trägt insbesondere das geringe Niveau der staatlichen Renten in den USA bei. Die Mehrheit verfügt deshalb zusätzlich entweder über individuelle Rentenkonten oder die Pensionskassen übernehmen für sie die Anlageentscheidungen. Dadurch ist ein großer Teil der Bevölkerung für die Alterssicherung von den Kapitalmärkten abhängig geworden. Ferner ist die Bevölkerung als Schuldner ans Finanzwesen gebunden. Der hohe Anteil an Eigenheimbesitzern, der weitverbreitete Ratenkredit, der leichte Zugang zu Kreditkarten und die hohen Studiengebühren gekoppelt mit der Möglichkeit, Zinszahlungen steuerlich abzusetzen, führt dazu, dass nahezu jeder Privathaushalt Kredit bei einer Finanzinstitution aufgenommen hat. So sind, wie es Paul Langley (2008) ausgeführt hat, Schulden zum „American Way of Life“ geworden. Aus diesen institutionellen Gründen liefen die Interessen eines Großteils der Bevölkerung parallel zum Finanzkapital: steigende Aktienkurse und niedrige Kreditzinsen.

In ihrer Verantwortung für die Wirtschaft sahen sich viele PolitikerInnen unabhängig von der Parteizugehörigkeit durch das Finanzkapital unterstützt, wobei natürlich dessen Interessen in die allgemeinen Zielbestimmungen mit einfließen. An erster Stelle ist die Preisstabilität zu nennen, die sie aufgrund des allgemeinen Konsensus unter der politisch aktiven Bevölkerung gleichfalls befürworteten. Die materielle Basis der finanzkapitalistischen Hegemonie bestand vor allem aus der Kreditschöpfung mittels steigender Preise auf den Vermögenmärkten.

Kurzer Abriss des Krisenmanagements

Von den ersten Krisenanzeichen im Mai 2006 bis zum Ende der Bush-Regierung definierte das Finanzkapital die Ursachen der Krise, gab die Krisenbewältigungsstrategien vor und wälzte die Masse der Lasten auf SteuerzahlerInnen und überschuldete HausbesitzerInnen ab. Im Übergang zu Obama änderte sich zunächst wenig. Bei der Besetzung seiner wirtschaftspolitischen Kabinetts- und Beraterposten griff er auf erfahrene Personen der Finanzwelt zurück, zum Finanzminister machte er Timothy Geithner, der als Vorsitzender der New Yorker Zweigstelle der US-Zentralbank (FRBNY) beim Krisenmanagement der Bush-Regierung dabei war.

Erst das Bekanntwerden hoher Bonuszahlungen an führende Manager der mit Steuergeldern geretteten Finanzinstitutionen führte 2009 zu einem Sturm der Entrüstung in der US-amerikanischen Öffentlichkeit. Präsident Obama

überraschte dann 2010 viele mit dem Vorschlag zu einer modernen Version des Glass-Steagall-Trennbankengesetz von 1930 zurückzukehren. Die sogenannte Volcker Regel, benannt nach ihrem bekanntesten Befürworter, Paul A. Volcker, dem ehemaligen Vorsitzenden der US-amerikanischen Zentralbank (Federal Reserve Bank, Fed), zielt darauf ab, Banken, die von der staatlichen Einlagensicherung profitieren, den Eigenhandel mit Wertpapieren zu verbieten. Dies war der Startschuss für die Behandlung einer umfassenden Reformagenda im US-Kongress, die im Juli 2010 mit der präsidentiellen Unterschrift unter den Dodd-Frank Wall Street Reform and Consumer Protection Act („Dodd-Frank Act“) ihren Abschluss fand. Das Gesetz ist nach seinen zentralen Initiatoren benannt, dem Senator Christopher Dodd und dem Kongressabgeordneten Barney Frank.

Eine zentrale Rolle im Krisenmanagement nahm die US-Zentralbank Fed ein. Sie hat nicht nur zusammen mit dem Finanzministerium die staatliche Übernahme von A.I.G. und der staatsnahen Hypothekenbanken Fannie Mae und Freddie Mac finanziert und die unter Vertrauensschwund leidenden Märkte mit Liquidität versorgt, sondern auch nach Überwindung der unmittelbaren Krise mit einem gigantischen Aufkauf von „Wert“-papieren zur Wiederankurbelung der Wirtschaft beigetragen. Gegenüber dem Vorkrisenniveau nahm die Bilanzsumme der Fed bis zum Jahre 2013 um 400 Prozent zu (für einen Überblick der Fed-Aktivitäten siehe Herr 2014).

Krisenlastenverteilung

Angesichts der gewaltigen staatlichen Mittel zur Rettung des Finanzwesens hatte ich 2008 vermutet, dass ein erheblicher Teil der Krisenlasten auf die SteuerzahlerInnen abgewälzt wird. Hinsichtlich der direkten Belastungen des Staates durch die Finanzkrise trifft diese Vorhersage jedoch nicht zu. Insgesamt sollen öffentliche Mittel in Höhe von 426 Milliarden US-Dollar zur Rettung der Banken und der Autokonzerne aufgewendet worden sein. Rückzahlungen, der Verkauf von Aktien und Zinszahlungen brachten dem Staat bis 2014 insgesamt knapp 442 Milliarden US-Dollar ein, sodass sogar ein kleiner Gewinn verzeichnet werden konnte (Weisman 2014).

Durch die krisenbedingten Steuerausfälle war die Belastung der öffentlichen Haushalte jedoch enorm (Gordon 2012). Während auf bundesstaatlicher Ebene Steuerausfälle durch Kreditaufnahme kompensiert werden konnten, sodass das Haushaltsbudget nicht gekürzt werden musste, kam es zu erheblichen Kürzungen auf einzelstaatlicher Ebene, auf der eine solche Kreditaufnahme gesetzlich eingeschränkt ist. Viele der Einzelstaaten und Kommunen haben ihre Leistungen

gekürzt, Massentlassungen vorgenommen und sich in einigen Insolvenzverfahren der Pensionsverpflichtungen gegenüber ehemaligen Staatsangestellten entledigt (*New Republic*, 22.12.2014).

Besonders stark belastet wurden diejenigen, die vor der Krise fast ausschließlich fremdfinanziert ein Eigenheim erworben haben. 2007 „besaßen“ 68,4 Prozent der Bevölkerung ein Eigenheim, 2014 nur noch 64,8 Prozent. Der Rückgang traf vor allem prekär beschäftigte Personen, insbesondere schwarze und migrantische Alleinverdienende (U.S. Census Bureau News, 29.1.2015). Die Wirtschaftskrise hinterließ tiefe Spuren auf dem Arbeitsmarkt. Besonders betroffen sind junge, alte und schwarze Menschen (stateofworkingamerica.org). Der Mittelwert des Haushaltseinkommens lag im Oktober 2014 um sechs Prozent niedriger als 2000 (Lynch 2014). Viele Personen, die über den Kapitalmarkt für ihr Alter vorsorgen, mussten erhebliche Verluste hinnehmen. Im späteren Verlauf der Krise fielen aufgrund der Zentralbankpolitik die Zinsen für SparerInnen, soweit diese nicht das Risiko der Börse eingehen wollten.

Die Reregulierung des US-Finanzwesens

Das Dodd-Frank-Gesetz schreibt die bisher umfassendste Reregulierung des Finanzwesens vor. Es beinhaltet unter anderem eine abgeschwächte Version der Volcker-Regel, die Einrichtung einer Verbraucherschutzbehörde für das Finanzwesen, die Verlagerung des Handels mit Derivaten auf transparente Börsen und die Möglichkeit der Inpflichtnahme von Gläubigern im Falle einer staatlichen Bankenrettung. So umfassend dieses Gesetz auch ausgefallen ist, so deutlich fällt es sogar hinter systemimmanente Reformvorschläge zurück. Selbst ohne die vielen Ausnahmen für die Volcker-Regel (siehe unten) beschränkt das Verbot des Eigenhandels nicht die Spekulation als solche, sondern lediglich den Handlungsspielraum eines Teils des Finanzkapitals, nämlich der einlagengesicherten Banken. Private Investoren dürfen weiterhin mit Hedgefonds riskante Derivatgeschäfte betreiben oder Firmen mit dem Ziel aufkaufen, sie restrukturiert an der Börse wieder zu verkaufen. Dafür können sie sich wie bisher verschulden.

Zwar schreibt das Dodd-Frank-Gesetz eine höhere Eigenkapitalquote vor, als die vom Basler Ausschuss der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) neu gefassten Regeln (Basel III), doch bleibt sie deutlich unter dem vor der Liberalisierung des Finanzwesens üblichen Norm. Die Konsolidierung des Bankenwesens in Folge der Krise hat den Anreiz noch einmal erhöht, die Eigenkapitalquote gering zu halten, denn die Banken können sich nicht zuletzt aufgrund ihrer Größe durch Aufnahme von Krediten auf dem Kapitalmarkt günstiger refinanzieren als durch die Emission eigener Aktien (Admati/Hellwig 2013).

Die zuvor schon mit besonderen Kompetenzen ausgestattete Federal Reserve Bank of New York (FRBNY) erhielt durch das Dodd-Frank-Gesetz mehr Aufsichtskompetenz zugewiesen, obgleich ihre Verstrickung mit den Banken der Wall Street vor und in der Krise deutlich wurde. An der Nähe zur Wall Street hat sich in den Folgejahren wenig verändert (Eavis 2014). Diese Nähe zur Wall Street ist nicht nur durch das in der Satzung verankerte Gewicht der Banken innerhalb der FRBNY geschuldet, sondern auch ihrer makroökonomischen Aufgabe, für deren Erfüllung finanzstarke Banken von Vorteil sind (solange sie nicht systemgefährdend agieren).

Die Bündelung der Kompetenzen der verschiedenen Verbraucherschutzbehörden auf dem Gebiet des Finanzwesens unter dem Dach des Consumer Financial Protection Bureau (CFPB) wird von Lisa Kastner als großer Erfolg der transnationalen Zivilgesellschaft dargestellt (Kastner 2014). Diese Sicht überzeugt aus verschiedenen Gründen wenig. Erstens war dies ein rein inneramerikanischer Vorgang, der von ihr erwähnte G20 Beschluss kam nach Dodd-Frank zustande. Zweitens räumt sie selbst ein, dass es den Befürwortern eines besseren Verbraucherschutzes nicht gelang, die Eigenständigkeit dieser Behörde und ihre Wunschkandidatin für die Leitung durchzusetzen. Die Behörde ist der bankenfreundlichen Zentralbank untergeordnet und die prominente Vorkämpferin der Behörde, Elisabeth Warren, wurde von Präsident Obama nicht für die Leitung nominiert. Zudem wurden die Autohändler von der Aufsicht ausgenommen (ebd.: 1324), mit der Folge, dass sich in diesem sehr wichtigen Bereich ähnliche Praktiken durchsetzen wie vor der Krise im Hypothekengeschäft (siehe unten).

Für die Forderung, Derivate nur auf Börsen mit Eigenkapitalhinterlegung zu handeln, gilt gleichermaßen, dass sie nicht die Spekulation als solche unterbindet, sondern sie lediglich transparenter und etwas sicherer machen soll. Gleichwohl fand diese Forderung im Gesetz nur mit Ausnahmen ihren Niederschlag. Nicht-Banken wurden von der Eigenkapitalhinterlegung ausgenommen und Banken wurde erlaubt auf Verrechnungs-Plattformen (clearing platforms) anstatt auf Börsen zu handeln, womit die Veröffentlichung der ausgehandelten Preise entfällt (Story 2010).

Das Dodd-Frank-Gesetz ließ kontroverse Fragen für weitere Studien offen, und zwar bis zu 700 Studien, die die Umsetzung des Gesetzes begleiten sollen. Dadurch delegierte es sehr viele Entscheidungen an die Aufsichtsbehörden. Die Komplexität des Gesetzes mag zwar der Komplexität des derzeitigen Finanzsystems entsprechen, aber öffnet zugleich viele Ansatzpunkte für das Finanzkapital, Regeln zu seinen Gunsten auszulegen, und erschwert es den Aufsichtsbehörden, Kontrolle auszuüben (siehe unten). Für die nachträgliche Aufweichung des Reformgesetzes können zahlreiche Beispiele angeführt werden. So wurde die Volcker-Regel verwässert, indem den Banken die Verlagerung des Eigenhandels

in Tochtergesellschaften und sogar den Muttergesellschaften der Handel mit Wertpapieren und Derivaten als Gegenparteien im Sinne der Marktschaffung erlaubt wurde (Bell/Hindmoor 2014: 349).

Des Weiteren soll mit Dodd-Frank verhindert werden, dass Banken zu groß für eine Pleite werden. Bisher wurde jedoch nichts unternommen, außer dass die Zentralbank Ende 2014 ankündigte, demnächst von den besonders großen Banken eine höhere Eigenkapitalquote zu verlangen. Dies soll ihren Größenvorteil bei der Refinanzierung kompensieren (Popper/Eavis 2015). Ferner erließ die Fed für 2015 Regeln, die Fusionen unter Banken verbieten, die über 10 Prozent der gesamten Verbindlichkeiten des Bankensektors hinausgehen (Schaefer 2014).

Das Schattenbankensystem bleibt im Schatten

Die auffälligste Leerstelle im Dodd-Frank-Gesetz ist das sogenannte Schattenbankensystem. Hedgefonds, Versicherungsgesellschaften, Zweckgesellschaften und vor allem die Geldmarktfonds (money market mutual funds, MMMFs) vergeben zusammen in den USA mehr Kredite als das regulierte Bankensystem (IMF 2014: 67). Zum Schattenbankensystem zählen alle Finanzakteure und -instrumente, die nicht die herkömmlichen Sicherungsmechanismen wie etwa Einlagensicherung oder Zugang zu den Liquiditätshilfen der Zentralbank in Anspruch nehmen können. Weil dieser Sektor günstig zusätzliche Liquidität zur Verfügung stellt, ist er im Finanzsystem sehr beliebt, doch selbst der IWF bewertet dessen Beitrag zu den systemischen Risiken des Finanzsystems als signifikant (ebd.: 67, 91f.). Die Insolvenz von Lehman Brothers ließ die systematische Vernetzung einer Bank mit dem Schattenbankensystem sichtbar und spürbar werden. Es steht nicht getrennt neben dem regulierten Bankensystem, sondern ist auf komplexer Art und Weise mit diesen verbundenen. Erstens erhalten die Schattenbanken Kredite von den regulierten Banken, die sich in vielen Fällen für diese spekulativen Finanzaktivitäten bei der Zentralbank refinanzieren. Zweitens besitzen die regulierten Banken selbst Schattenbanken. Und drittens erwerben die regulierten Banken von den Schattenbanken risikoreiche Finanzprodukte (Herr 2014: 67f.).

Im Dodd-Frank-Gesetz finden sich nur vage Konzepte zur Regulierung der Schattenbanken. Entsprechend verzögerte sich der Erlass neuer Regeln. In der Zwischenzeit entwickelte sich der Sektor weiter, beispielsweise sind Nichtbanken wie Pensionsfonds, Versicherer und Kapitalbeteiligungsfonds in das Kreditgeschäft eingestiegen. In den Anfängen stecken noch Internet basierte Kreditplattformen („peer-to-peer Kredit“), denen jedoch großes Wachstumspotenzial bescheinigt wird. Zur Umgehung der Dodd-Frank-Auflagen gründen Banken

ihrerseits gemeinsam mit Kapitalbeteiligungsfonds und Hedgefonds Derivate-Unternehmen („derivative product companies“), um Derivate außerhalb der Börsen zu handeln (IMF 2014: 76f.).

Angesichts der erwähnten Ko-Konstitution von Banken und Schattenbanken (Kessler/Wilhelm 2014: 100) zögern die Aufsichtsbehörden, strengere Regeln für Letztere zu erlassen. Sie scheinen davon überzeugt zu sein, dass die Vorteile der Schattenbanken bewahrt bleiben müssen. Oder wie es der IWF ausgedrückt: „Die Aufsichtsbehörden stehen vor der Aufgabe, die richtige Balance zwischen Eingrenzung der Risiken und Beibehaltung der Vorteile der Schattenbanken zu finden“ (IMF 2014: 86; Übers.: Ch.S.).

Im Juli 2014 hat die US-Wertpapier- und Börsenaufsichtsbehörde (S.E.C.) schließlich einige Regeln erlassen, beispielsweise für Geldmarktfonds die Möglichkeit im Notfall die Rückzahlungsperioden zu verlängern. Ferner erklärte die S.E.C. drei Nichtbanken, A.I.G., General Electric Capital Corporation, und Prudential Financial, für systemisch relevant und stellte sie damit unter die Aufsicht der Zentralbank (IMF 2014: 99ff.). Der Handel mit Derivaten bleibt jedoch ohne S.E.C. Verhaltensregeln (*Better Markets – Financial Reform Newsletter*, March 13, 2015).

Da erst 60 Prozent der im Gesetz vorgesehenen Regeln von den diversen Aufsichtsbehörden konkretisiert und erlassen wurden, ist es für ein endgültiges Urteil zu Dodd-Frank zu früh.¹ Die Komplexität des Gesetzes erschwert zudem eine Einschätzung, welche Regeln substanziell den Spielraum für Spekulation einschränken. Eine im April 2015 von Paul Volcker federführend angefertigte Expertise sieht weiterhin einen sehr hohen Reformbedarf und fordert eine radikale Neuordnung der Finanzaufsicht (The Volcker Alliance 2015).

Die Aufarbeitung des Fehlverhaltens durch die Justiz

Das US-Justizministerium, die S.E.C. und auch der für die Wall Street zuständige Staatsanwalt, Preet Bharara, leiteten bereits viele Verfahren gegen Banken ein, allerdings nur zivilrechtliche und nicht strafrechtliche Verfahren. Dabei hat das Justizministerium von dem Instrument Gebrauch gemacht, die Strafverfolgung auszusetzen (Deferred Prosecution Agreement), was einerseits den Vorteil hatte, die Banken relativ schnell zu hohen Zahlungen zu zwingen, andererseits jedoch den Banken erlaubt, die Einzelheiten ihres Fehlverhaltens geheim zu halten und auch keine strafrechtliche Schuld einzugestehen. Die ausgesetzte Strafverfolgung

1 Siehe davispolk.com/Dodd-Frank-Rulemaking-Progress-Report, Zugriff: 28.4.2015.

vermeidet zudem eine weitere juristische Überprüfung. Die vereinbarten Auflagen sind meist recht vage formuliert und auf zwei bis drei Jahre beschränkt. Keine der vorgesehenen Maßnahmen wird bekannt gemacht und durch eine unabhängige Instanz überwacht (Garrett/Zaring 2013). Seit 2010 haben die sechs größten US-Banken mehr als 128 Milliarden US-Dollar an Strafgeldern bezahlt (snl.com).

Der Verzicht auf ein strafrechtliches Vorgehen gegen Banken wurde mit dem Hinweis begründet, dass es die jeweilige Banklizenz gefährde und damit insgesamt die Existenz der betroffenen Bank. In diesem Falle würden viele Personen bestraft werden, die nichts mit dem Fehlverhalten der Leitungsebene zu tun hatten (Vinik 2014). Einige wenige Schuldeingeständnisse hat das Justizministerium jedoch Tochtergesellschaften ausländischer Finanzinstitute abgetrotzt, wobei die jeweilige Muttergesellschaft ihre Banklizenz behalten konnte. Dies erlaubte dem Justizministerium, als hart durchgreifend zu erscheinen, ohne die Unternehmen in ihrer Existenz zu gefährden. Gegenüber den großen US-amerikanischen Banken hat es sich bisher zurückgehalten (Proress 2013). Zudem hat das Justizministerium kein Vorstandsmitglied von Banken strafrechtlich verfolgt, obgleich die Aussicht auf eine Gefängnisstrafe von etlichen Kommentatoren als wirksamstes Abschreckungsmittel gesehen wird (Vinik 2014). So hoch auch die Strafen sind, sie müssen mit dem bezahlt werden, was den Finanzinstituten am leichtesten fällt, nämlich Geld, was sie auch noch von der Steuer als Ausgaben absetzen können.

Auswirkungen auf Verhalten und die Stellung der US-Banken

Die Reregulierung hat bisher nur begrenzt zu einer Verhaltensveränderung des Finanzkapitals geführt. Nach wie vor ist ein substanzieller Anteil des Finanzwesens, das Schattenbankensystem, kaum beaufsichtigt. Im regulierten Bereich dürfte die größte Veränderung die Eigenkapitalquote betreffen. Diese liegt für die Großbanken höher als vor der Krise: von 8,9 Prozent (2006) auf 10,9 Prozent (2014) (snl.com). Letztlich sind sie immer noch sehr von kurzfristiger Refinanzierung abhängig. In der Konkurrenz um KundInnen senken die Banken wie zuvor ihre Kreditwürdigkeitsstandards. Diesmal stehen Autokredite im Vordergrund, die wie die Hypothekenkredite verbrieft weitergegeben werden. Zwischen 2010 und 2014 soll in diesem Sektor die Verbriefung um 300 Prozent auf 20,2 Milliarden US-Dollar zugenommen haben (Corkery/Silver-Greenberg 2015). Die Kreditaufnahme fürs Studium und andere Ausbildungen verzeichnet die höchste Zuwachsrate. Seit 2010 übertrifft das Volumen der Studienkredite das der Kreditkarten und der Autokredite und nimmt so hinter den Eigenheimhypotheken den zweiten Platz ein (Brown et al. 2014). Allerdings sind die AkademikerInnen eher

beim Staat als bei privaten Kreditgebern verschuldet, die sich nach der Finanzkrise aus diesem Markt zurückgezogen haben. Aufgrund der verschlechterten Arbeitsplatzaussichten war für sie das Ausfallrisiko zu stark gestiegen.

Der Konzentrationsgrad im US-Bankenwesen nahm nach der Krise weiter zu. Ende 2014 verwalteten die fünf größten Banken 44 Prozent des gesamten Vermögensstandes der US-Banken (Schaefer 2014). Dies gilt auch international. Die gleichen fünf Investmenthäuser, die 2007 den Emissionsmarkt für nicht US-amerikanische Anleihen dominierten, sind auch 2014 mit einem Marktanteil von 31,7 Prozent führend: JPMorgan Chase, Deutsche Bank, Barclays, HSBC, and Citigroup. Im Falle von Aktienemissionen stieg ihr Anteil sogar leicht an auf 41,1 Prozent. Vor der Finanzkrise hatten die fünf größten Devisenhändler einen Anteil von 39 Prozent am globalen Handelsvolumen, im Jahr 2013 erreichte ihr Anteil 53 Prozent. Die fünf größten Privatkundenbanken konnten die Zahl ihrer Konten von 2010 auf 2014 um 25 Millionen erhöhen, sprich die Privatkunden sind ihnen trotz allgemeiner Vorbehalte gegenüber Großbanken nicht abtrünnig geworden (Coy 2015; siehe unten).

Die Gewinne der US-Großbanken stiegen trotz gewaltiger Strafzahlungen. Vier der sechs größten Banken haben 2014 mehr verdient als 2007 (Eisinger 2015). Hinter einigen Hightechfirmen und vor allem chinesischen Banken befanden sich 2013 zwei US-Banken beim absoluten Gewinn unter den 20 profitabelsten Unternehmen der Welt: Wells Fargo (Platz 11) und JPMorgan Chase (Platz 19) (Hess/Frohlich 2014). Auch die Rentabilität der Gesamtaktiva (RoAA) ist für die Groß- und Investmentbanken wieder auf dem Niveau von 2007. Weiterhin nimmt das Einkommen aus Nicht-Zinsgeschäften (Handelsgewinne, Gebühren) einen großen Anteil am Gesamtgewinn ein (2006: 52%; 2007: 47%; 2014: 45%, siehe snl.com). Die Gewinne verdanken sich auch dem massenhaften Abbau von Arbeitsplätzen und Lohnsenkungen für die einfachen Angestellten (Popper/Eavis 2015).

Das Niveau der ausgezahlten Leistungszulagen (Boni) in der gesamten Finanzindustrie von New York City überstieg 2013 mit insgesamt 26,7 Milliarden US-Dollar dasjenige von 2007 (Alden 2014). Die Vorstände der Großbanken strichen Rekordsummen, am meisten Lloyd Blankfein mit 28 Millionen US-Dollar (davon zwei Millionen Gehalt, Rest Boni) und Jamie Dimon von JPMorgan Chase mit 20 Millionen US-Dollar.² Die exorbitanten Gehälter der Bankvorstände verblassen allerdings im Verhältnis zum Jahreseinkommen der TopmanagerInnen in der Hedgefondsbranche. So verdiente David Tepper, auf Platz 10 der bestverdienenden Hedgefonds-Manager gemäß dem Forbes-Branchenranking, mit 400

2 Siehe graphics.wsj.com/executive-salary-compensation-2014, Zugriff: 28.4.2015.

Millionen US-Dollar etwa 20 Mal so viel wie Jamie Dimon. Steven Cohen, dessen Hedgefonds-Firma SAC Capital wegen Insiderhandels zu einer Geldstrafe von 1,8 Milliarden US-Dollar im Jahr zuvor verurteilt wurde, nahm den Spitzenplatz mit einem Einkommen von 1,3 Milliarden US-Dollar ein.³

Im internationalen Vergleich stehen die US-Banken nicht mehr an erster Stelle beim Kernkapital. Zwei chinesische Banken überholten sie 2014 (Alexander 2014). Im Vergleich der Bilanzsummen steht die größte US-amerikanische Bank, JPMorgan Chase, erst auf Platz sechs (auch aufgrund Buchführungsprinzipien). Bezogen auf den Marktwert nehmen sie jedoch weiterhin die Spitzenplätze ein, und zwar 2014 Wells Fargo und JPMorgan Chase. Der hohe Marktwert deutet auf ihre Profitabilität hin, die allerdings für alle größeren US-Banken im Durchschnitt geringer ausfällt als bei den chinesischen Banken, wobei gegenüber letzteren Zweifel hinsichtlich der korrekten Verbuchung von Kreditausfällen geäußert werden. Dass Größe allein nicht zählt, haben insbesondere die japanischen Banken vor 20 Jahren erfahren, als sie damals alle ersten Plätze belegten (Alexander 2014).

Qualität der Hegemonie des US-Finanzkapitals

Das Vertrauen der US-Bevölkerung in die Banken hat unter der Finanzkrise stärker und nachhaltiger gelitten als unter der Sparkassenkrise Ende der 1980er Jahre. Von einem Plateau von 50 Prozent des großen und ziemlich großen Vertrauens in Banken vor der Sparkassenkrise fiel dieses 1992 auf 30 Prozent, erreichte allerdings den alten Wert in den Jahren vor der Finanzkrise recht rasch, um dann von 41 Prozent im ersten Jahr der Finanzkrise (2007) auf 22 Prozent im Jahr 2009 zu fallen. Bei der Umfrage im Jahr 2014 stand dieser Wert bei 26 Prozent (Riffkin 2014). Für die Großbanken dürfte dieser Wert noch niedriger liegen, denn die Reputation der kleineren lokalen Banken hat in der Krise kaum gelitten. Die niedrigen Zinsen für die Kleinsparer angesichts hoher Kursgewinne an den Börsen dürften auch sieben Jahre nach der Krise zum negativen Image der Wall Street beitragen.

Wie konnte das Finanzkapital angesichts seines geringen Ansehens seine Position so gut behaupten? Sein Erfolg dürfte viele Ursachen haben, angefangen mit seiner Lobbymacht bis hin zu seiner Verankerung im neoliberalen Akkumulationsregime.

3 URL: <http://www.handelsblatt.com/finanzen/anlagestrategie/trends/maennlich-renditegeil-steinreich-das-sind-die-top-verdiener-der-hedgefonds-stars/11444204.html>, Zugriff 5.5.2015.

Die Finanzindustrie gibt mehr als alle anderen Geld für Wahlkampfunterstützung und Lobby aus: Zwischen 2010, als das Dodd-Frank-Gesetz im Kongress debattiert wurde, bis nach den Midterm-Wahlen 2014 ganze 1,2 Milliarden US-Dollar. 2014 erhielten 704 registrierte LobbyistInnen Geld von Finanzinstituten (Weisman/Lipton 2015). Nach dem eine demokratische Mehrheit im Kongress das Finanzreformgesetz 2010 durchgesetzt hatte, fuhr die Finanzindustrie ihre Unterstützung der Demokraten deutlich zurück. 2008 setzte sie 58 Prozent ihrer Wahlkampfhilfe für den Demokraten Obama ein, bei der Midterm-Wahl 2014 erhielten die Demokraten nur noch 38 Prozent (Lynch 2014). Zum Erfolg der Wall Street gehört die Tea Party, die aus Protest gegen die großzügige Unterstützung des Finanzwesens in der Krise entstanden ist, deren Kandidaten innerhalb der Republikanischen Partei jedoch auf erhebliche finanzielle Mittel von konservativen MilliardärInnen zurückgreifen konnten und im Präsidentschaftswahlkampf von 2012 sogar aus der Finanzindustrie. Unter den Abgeordneten im Repräsentantenhaus erhielt der Tea Party Protagonist Eric Cantor die höchsten Zuwendungen der Wall Street. Er setzte sich entsprechend für die Interessen der Privatkapitalbeteiligungsgesellschaften und Hedgefonds ein (MacGillis 2014).

Wie vor der Krise konnten Repräsentanten des Finanzkapitals wichtige Positionen innerhalb der Regierung einnehmen, allen voran der bereits erwähnte Geithner als Finanzminister. Sein Nachfolger in der zweiten Amtszeit von Obama, Jacob J. Lew, hat zwar den größten Teil seiner Karriere in staatlichen Behörden und in der Regierung verbracht, doch zwischen 2006 und 2008 war er Chief Operating Officer der Citigroup. Bei den Anhörungen im Senat zu seiner Nominierung als Finanzminister kam heraus, dass sein Arbeitsvertrag mit Citigroup eine Klausel enthielt, die besagte, dass wenn er Citigroup für eine Regierungsposition verlässt, er einen Ausgleich für sein niedrigeres staatliches Gehalt erhält, und zwar etwa eine Million US-Dollar pro Jahr. Dieser Ausgleich wird vor Antritt des Regierungspostens ausgezahlt, um den Anschein der Befangenheit zu vermeiden. Solche Klauseln sind in den Verträgen von Vorstandsmitgliedern privater Unternehmen durchaus üblich (Smallberg 2013).

Die Arbeiten, die negative Auswirkungen der Finanzialisierung auf die „reale“ Ökonomie ausmachen (Krippner 2011, dazu kritisch Kliman/Williams 2015), lassen vermuten, dass der Finanzindustrie Gegner in anderen Branchen erwachsen sind. Dies ist aber nicht der Fall. Im Gegensatz zu den Kapitalfraktionen, die die Gesundheitsreform von Obama zurückdrehen wollen, stellt sich den Interessen des Finanzkapitals kein einflussreicher Unternehmensverband entgegen (Weisman/Lipton 2015). Da die Handelsbanken, die Investmentbanken und die Vermögensverwalter nicht mehr rechtlich getrennt operieren, ist die Finanzindustrie eher ein homogener Block politischer Interessen geworden (Eisinger 2015). Es gelingt den FinanzlobbyistInnen zudem häufig, die Interessenverbände der

kleinen Banken, Mittelständler und Farmer von ihren Anliegen zu überzeugen. So wurde die Aufhebung der Regel im Dodd-Frank-Gesetz, dass Einheiten von Banken, die durch die bundesstaatliche Einlagenversicherung abgesichert sind, nicht mit Derivaten handeln dürfen, mit den zu hohen Kosten für die kleinen Banken gerechtfertigt. Dabei gelang es ihnen, davon abzulenken, dass 95 Prozent der Derivate von nur fünf Banken gehandelt werden. Die republikanische Mehrheit im Kongress erleichtert ihnen die Verwässerung des Reformgesetzes. Ihre je einzeln betrachtet unbedeutenden Reformvorschläge bringen sie durch die Kongressausschüsse und hängen sie dann an große Gesetzesvorhaben, die der Präsident nicht mit einem Veto belegen möchte (Weisman/Lipton 2015).

Komplexität eröffnet Handlungsspielräume

Entscheidend für die Entwicklung in den letzten Jahren dürfte aber sein, dass in den Policy-Zirkeln die Vorstellung vorherrscht, dass ein großer und komplexer Finanzsektor für die Wirtschaft als solche und für den jeweiligen Standort im Besonderen von zentraler Bedeutung ist. Immer wieder wurde betont, dass bei der Eindämmung von Risiken die Wettbewerbsfähigkeit des Sektors als solcher nicht beeinträchtigt werden sollte (Bell/Hindmoor 2014). Eine Rückkehr zum langweiligen Bankgeschäft, so wie es Paul Krugman noch im Sturm der Finanzkrise gefordert hat (Scherrer 2013), wurde im Reformprozess nicht in Betracht gezogen. Den radikalen Rand des akademischen, medialen und politischen Diskurses bildeten Forderungen nach einer strikten Trennung von Depositengeschäft und Investmentbanking sowie einer Größenbeschränkung für Banken. Weitergehende Forderungen blieben außen vor. Mithin wurde die Existenz eines komplexen ausdifferenzierten Finanzsystems nicht infrage gestellt. Dies sichert der Finanzindustrie grundsätzlich ihre Existenz sowie ihren strategischen Vorteil bei der Umsetzung von Reformen, nämlich die Komplexität. Das Finanzreformgesetz nach der Weltwirtschaftskrise von 1930, der Glass-Steagall Act, war nur 37 Seiten lang, das Reformgesetz von 2010 umfasste 849 Seiten und seine Umsetzung soll zu 30.000 Seiten von Finanzregeln führen (Bell/Hindmoor 2014: 355). Die Komplexität eröffnet der Bankenlobby vielfältige Eingriffsmöglichkeiten bei der Umsetzung der Gesetze, die weitgehend der Öffentlichkeit verborgen bleiben. Die Bankenlobby versteht es gut, die Komplexität nach beiden Seiten auszuspielen. Zum einen trägt sie ganz entscheidend dazu bei, dass das Regelwerk überaus komplex ausfällt, zum anderen verweist sie auf die Komplexität des Regelwerks, um weitere Regeln zu verhindern. Sie überfordert damit auch die Aufsichtsbehörden, die bereits vor der Krise den Überblick über das Finanzwesen verloren hatten (ebd.). Die Komplexität und Anpassungsfähigkeit

des Finanzwesens verleiht diesem eine Aura eines geschlossenen Systems, und damit eine gewisse Unabhängigkeit vor allem gegenüber der Politik. Die Krisenanfälligkeit dieses komplexen Systems führt paradoxerweise nicht zu dessen Untergang, da es nämlich nicht ein autonomes System ist, sondern in vielfältiger Weise mit anderen gesellschaftlichen Feldern verbunden ist, ja sogar eine zentrale Stelle einnimmt, und somit im Krisenfall zur Vermeidung eines noch größeren Schadens Unterstützung erhält (vgl. Nesvetailova 2014).

Während vor der Krise weitere Deregulierungen nicht zuletzt mit dem Hinweis auf die eingeschränkte Fähigkeit von Aufsichtsbehörden, mit Innovationen Schritt halten zu können, gerechtfertigt wurden, herrscht in der Nachkrisenzeit eine erstaunliche Überschätzung der Fähigkeiten von Aufsichtsbehörden (Bell/Hindmoor 2014: 357). Die ReformbefürworterInnen müssen notgedrungen hoffen, dass die Aufsichtsbehörden besser funktionieren als in der Vergangenheit, denn sonst wären ihre Bemühungen umsonst. Die Zielgruppe der Aufsicht wiederum könnte diese Hoffnung aus dem Grund nicht infrage stellen, dass im Klima der Reform die Gefahr besteht, dass im Falle des Anzweifeln neue Behörden mit unbelastetem Personal und besserer Ausstattung eingerichtet werden. Das Aufrechterhalten der Illusion kompetenter, durchsetzungsstarker Aufsichtsbehörden sichert den Status quo in den Beziehungen zwischen Aufsehern und Beaufsichtigten zugunsten der Beaufsichtigten. Mit Ausnahme der Zentralbank sind alle anderen Aufsichtsbehörden für ihre neuen Aufgaben nicht ausreichend mit Ressourcen ausgestattet worden (ebd.: 359). Aufgrund der schlechten finanziellen Ausstattung der Behörden können sie nur schwer Fachpersonal gewinnen und halten. Dadurch erhöht sich auch der Anreiz für das Personal, durch die der Finanzindustrie genehme Interpretation von Regeln später dort Karriere machen zu können (Prasch 2012: 551). Beim Reformgesetz wurde nicht aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt. Den Behörden wurden große Ermessensspielräume gelassen (Edwards 2011).

Gegenhegemonie?

Die Bankenlobby wäre wahrscheinlich noch erfolgreicher gewesen, die Umsetzung des Reformgesetzes zu verwässern, wenn nicht in der Zwischenzeit weiteres Fehlverhalten der Banken öffentlich bekannt und skandalisiert worden wäre: die Manipulation des Libor, die Ponzi-Schemes und die hohen Verluste einiger Händler bei großen Banken. Diese Skandale verfestigten das Negativimage der Banken in der Bevölkerung und konnten von den Reformbefürwortern ausgenutzt werden. Letztere finden sich vornehmlich in der Demokratischen Partei, sind dort aber nur punktuell mehrheitsfähig. Während das Establishment der

Partei näher der Haltung der Obama-Regierung steht, finden BankenkritikerInnen, wie die 2012 in den Senat gewählte Elisabeth Warren, bei vielen einfachen Parteimitgliedern Anklang (Lynch 2014). Hinter ihr stehen wenige organisierte Interessengruppen, vornehmlich Verbände der RentnerInnen (opensecrets.org). Gewerkschaften unterstützen sie auch, aber die Reform des Finanzwesens steht bei diesen nicht oben an. Wie bereits in meinem Artikel von 2008 vermutet, hat die Kapitaleseite zusammen mit den Republikanern die Krise zum Angriff auf die letzte Hochburg der Gewerkschaften, den öffentlichen Sektor, ausgenutzt (Paul 2015). Seit die Demokraten 2014 ihre Mehrheit im Senat verloren haben, ist ihr Handlungsspielraum geringer geworden.

Die Schwäche der Gewerkschaften und anderer Organisationen für die lohnabhängige Bevölkerung dürfte einer der entscheidenden Gründe sein, warum die eingangs geschilderte negative Haltung eines Großteils der Bevölkerung gegenüber der Wall Street keinen angemessenen politischen Ausdruck findet. Die Finanzkrise erschütterte das Vertrauen in das Finanzwesen und viele politische Institutionen, doch die Orientierung in der Frage, wie mit der Krise umzugehen sei, haben viele bei den Parteien gefunden: 64 Prozent der Befragten einer Pew-Umfrage im September 2013, die sich als WählerInnen der Republikaner zu erkennen geben, fanden, dass die Regulierung des Finanzwesens zu weit gegangen sei (unter den Tea-Party-AnhängerInnen sogar 79 Prozent), 62 Prozent der sich zu den Demokraten bekennenden Befragten bewerteten die Finanzreformen als nicht ausreichend. Beide Gruppen stimmten interessanterweise darin überein, dass das Krisenmanagement den Armen am wenigsten und den Reichen am meisten geholfen hat, eine Einschätzung, die unabhängig vom Haushaltseinkommen ist (Pew 2013: 3f.). Das Thema nimmt auch keinen zentralen Stellenwert ein: In den Umfragen von 2010 bis 2013 gaben jeweils kaum mehr als 10 Prozent der Befragten die Finanz- und Immobilienmärkte als ihre oberste Sorge im Bereich der Wirtschaft an; immer deutlich weniger Personen als diejenigen, die sich um Inflation, Defizite der öffentlichen Haushalte und vor allem Arbeitsplätze Sorgen machen (ebd.: 10).

Die Unklarheit, die in der Bevölkerung hinsichtlich der Bedeutung von einer Regulierung des Finanzwesens herrscht und die generelle Staatsskepsis eines signifikanten Teils der Bevölkerung relativiert die Eingangsthese, dass die Re-Regulierung zur Legitimation des Kerns der Finanzialisierung notwendig sei. Zumindest gilt diese These nicht für die Gesamtbevölkerung, sondern eher für die Policy-Community. Für die Bevölkerung steht mehr die Bestrafung der Verursacher der Krise im Vordergrund. Da dies nicht geschehen ist, bleibt das Misstrauen bestehen (Bowman/Marsico 2014).

Das Misstrauen gegenüber Banken überträgt sich zudem nicht auf den Kapitalismus als solchen. Unter den Institutionen der US-Gesellschaft erfreut sich seit

Jahren das „Small Business“ der höchsten Zustimmungswerte, während das „Big Business“ noch geringere Werte als die Banken aufweist (Riffkin 2014). Da der Kapitalismus als solcher nicht infrage gestellt wird, können sich die allermeisten auch keine Alternative zum jetzigen Bankensystem vorstellen. Trotz der von vielen Befragten geteilten Einschätzung der Wall Street als ein Ort von Leuten, die aus Gier Gesetze verletzen, halten dieselben die Wall Street für unerlässlich (Bowman/Marsico 2014). Für das Fortbestehen eines nur wenig regulierten Finanzwesens ist somit eine Zustimmung der Bevölkerung nicht notwendig. Die Finanzialisierung des Alltags ist in den USA bereits so weit fortgeschritten, dass Alternativen kaum denkbar sind. Wird die finanzielle Alterssicherung weiterhin durch private Pensionsfonds abgesichert, so stehen diese unter Druck, das von ihnen verwaltete Geld der zukünftigen Pensionäre möglichst gewinnbringend anzulegen. Verlangen die Hochschulen hohe Studiengebühren, dann müssen sich viele Studierende verschulden. Diese werden darauf drängen, dass die Zinsen nicht zu hoch ausfallen. Das Ausmaß der Kreditgewährung wird deshalb auch vom Zugang zu günstigen Refinanzierungsmöglichkeiten für die Banken abhängen, die zumindest unter den derzeitigen Umständen durch den Verkauf der Kreditportfolios an Investoren gewährleistet wird.

Fazit

Wie nach den meisten Finanzkrisen erreichte die Zentralisation des Kapitals eine neue Stufe. Unhinterfragt blieb im Nachlauf zur Krise das Verhalten von sowohl individuellen wie institutionellen Investoren. Die Reformbemühungen betrafen die einlagengesicherten Banken mit Zugang zu Zentralbankliquidität. Die erst im Spätsommer 2010 erfolgte Reregulierung der Banken hat bisher deren Größe, Rentabilität und Managementboni nicht tangiert. Da das Schattenbankensystem weitgehend unangetastet blieb, verringerte sich der Handlungsspielraum dieser Banken nur unwesentlich. Mithin behauptete das US-Finanzkapital seine wirtschaftliche und politische Stellung.

Haben die gegen den Widerstand des Finanzkapitals durchgesetzten zaghaften Reformen zur Legitimierung seiner Stellung beigetragen, wie die eingangs genannte These von de Goede (2005) nahelegt? Der vor 2007 festzustellende aktive Konsens zu einem liberalisierten, komplexen Finanzwesen unter den Eliten in Wirtschaft, Politik und Wissenschaft ist einem passiven Konsens zur Notwendigkeit eines liquiden Schattenbankensystems gewichen, wobei Umfang sowie die Art und Weise seiner Regulierung umstritten bleibt. Dass mit dem Dodd-Frank-Gesetz Reformschritte eingeleitet wurden, erleichtert es nun den Gegnern einer stärkeren Regulierung des Finanzwesens nicht nur weitere Reformschritte

abzuwehren, sondern auch die bestehenden Reformvorhaben abzuschwächen. Da das Handeln des Finanzkapitals nur sehr begrenzt infrage gestellt wurde, fiel auch der Legitimationsbedarf gering aus. Die Dodd-Frank-Reformen schützen nun das Finanzkapital vor stärker einschneidenden Reformen. Mithin trifft de Goedes These zu.

Falls die Umfragen ein verlässliches Bild abgeben, dann haben die Reformen die Zustimmung der Bevölkerung zur Wall Street nicht erhöht. In der Frage der Reregulierung ist die Bevölkerung gespalten, allerdings nicht auf der Basis eines konkreten Interessenkalküls, sondern ihre Haltung wird von ihrer allgemeinen Einstellung zur staatlichen Intervention in der Wirtschaft geleitet. Es könnte aber sein, dass die Auseinandersetzung um die konkreten Reformvorschläge von einer umfassenderen Infragestellung des Finanzkapitals abgelenkt hat. Wichtiger als die Reformen dürften die gewaltigen Liquiditätsspritzen der Zentralbank gewesen sein, die, wie in den vorangegangenen Krisen, zur Überwindung der akuten Krise des Finanzwesens beigetragen haben. Dadurch ist den Reformen die Dringlichkeit genommen worden, was in Umfragen zum Ausdruck kommt. Die Sorge um den Arbeitsplatz wird von vielen nicht mit dem Zustand des Finanzwesens in Verbindung gebracht. Dies gilt auch für die organisierten Interessenvertretungen der Lohnabhängigen.

Für die Zeit vor der Krise stellte ich einen passiven Konsens in weiten Teilen der Bevölkerung zum Finanzkapital fest. Nach der Krise müsste dieser Begriff angesichts der Haltung der Bevölkerung weiter differenziert werden. Vor der Krise unterstütze die Bevölkerung zwar nicht aktiv die Deregulierungsforderungen des Finanzwesens, doch stand es seinen Akteuren weitgehend positiv gegenüber. Nach der Krise ist diese positive Haltung bei den meisten einem „sich abfinden“ gewichen. Das Verhalten der Akteure auf der Wall Street wird kritisch gesehen, doch als alternativlos angesehen. Bei einem Teil der Bevölkerung liegt eine stärkere Unzufriedenheit mit dem Status quo vor, doch die von ihnen vorgeschlagenen Strategien sind konträr zueinander: Tea Party versus Occupy Wall Street. Während die gegen die großen Banken gerichtete Stoßrichtung der Tea-Party-Basis von ihren Repräsentanten im Kongress in die gegenteilige Richtung gelenkt wird, könnte das rasche Verschwinden der Occupy-Wall-Street-Bewegung im Zusammenhang mit den Reformbemühungen stehen (Rowe/Carroll 2014).

Wenngleich die Wall Street heute sowohl weniger aktive als auch passive Zustimmung erfährt, so kann dennoch ihre Stellung als hegemonial bezeichnet werden, wenn der Maßstab der Universalisierung ihrer partikularen Interessen gewählt wird. Diese sind insofern universalisiert, als dass sie in vielen Praxen der amerikanischen Gesellschaft eingeschrieben sind und von den Wenigsten grundlegend hinterfragt werden. Dies fängt an mit den Ratenkrediten, geht über die Verschuldung für den Erwerb von Qualifikationen und der Sicherung

eines Dachs über den Kopf hin zur kapitalgedeckten Altersvorsorge und endet bei der Akzeptanz des kapitalistischen Wettbewerbsprinzips. Es handelt sich um »sedimentierte« Diskurse (Wullweber 2015), die, solange sie nicht politisiert werden, die Hegemonie des Finanzkapitals absichern, und zwar auch ohne expliziten Konsens der Bevölkerung.

Literatur

- Admati, Anat/Hellwig, Martin (2013): *The Bankers' New Clothes*. Princeton.
- Alden, William (2014): Wall Street Bonuses Go Up as the Number of Jobs Goes Down. In: *New York Times*, 12. März 2014.
- Alexander, Philip (2014): Top 1000 World Banks. In: *The Banker*, Juli: 114-130.
- Bell, Stephen/Hindmoor, Andrew (2014): The Ideational Shaping of State Power and Capacity. In: *Government and Opposition* 49(3): 342-368.
- Bowman, Karlyn/Marsico, Jennifer (2014): Dodd-Frank, Financial Institutions, and Public Opinion. In: *Forbes*, 18. Juli 2014.
- Brown, Meta et al. (2014): Measuring Student Debt and Its Performance, *FRBNY Staff Reports*, No. 668.
- Coy, Peter (2015): The Biggest Banks Aren't Ready to Shrink. In: *Bloomberg*, 5. März 2015.
- Corkery, Michael/Silver-Greenberg, Jessica (2015): Investment Riches Built on Subprime Auto Loans to Poor. In: *New York Times*, 26. Januar 2015.
- de Goede, Marieke (2005): *Virtue, Fortune, and Faith: A Genealogy of Finance*. Minneapolis.
- Eavis, Peter (2014): After Criticism, Fed Will Study Wall St. Oversight. In: *New York Times*, 20. November 2014.
- Edwards, Jonathan M. (2011): FDICIA v. Dodd-Frank: Unlearned Lessons About Regulatory Forbearance? In: *Harvard Business Law Review*, 26. April 2011.
- Eisinger, Jesse (2015): Despite Changes, an Overhaul of Wall Street Falls Short, In: *New York Times*, 4. März 2015.
- Garrett, Brandon L./Zaring, David (2013): For a Better Way to Prosecute Corporations, Look Overseas. In: *The New York Times*, 23. September 2013.
- Gordon, Tracy (2012): *State and Local Budgets and the Great Recession*, The Russell Sage Foundation.
- Gramsci, Antonio (1991ff.): *Gefängnishefte*, 7 Bände. Hamburg/Berlin.
- Greitens, Jan (2012): *Finanzkapital und Finanzsysteme. „Das Finanzkapital“ von Rudolf Hilferding*. Marburg.
- Heires, Marcel/Nölke, Andreas (2014): Die Politische Ökonomie der Finanzialisierung. Einleitung. In: Dieselben (Hg.): *Perspektiven der Finanzialisierung*. Wiesbaden: 19-32.
- Herr, Hansjörg (2014): The European Central Bank and the US Federal Reserve as Lender of Last Resort. In: *Panoeconomicus*, Special Issue 1: 59-78.
- Hess, Alexander E.M./Frohlich, Thomas C. (2014): The 20 Most Profitable Companies in the World. In: *24/7 Wallstreet*, 21. Oktober 2014.
- IMF. International Monetary Fund (2014): *Global Financial Stability Report (GFSR)*, Washington DC, October.
- Kastner, Lisa (2014) 'Much ado about nothing?' Transnational civil society, consumer protection and financial regulatory reform. In: *Review of International Political Economy* 21(6): 1313-1345.
- Kessler, Oliver/Wilhelm, Benjamin (2014): Finanzialisierung und die Performativität des Schattenbankensystems. In: Heires, Marcel/Nölke, Andreas (Hg.): *Politische Ökonomie der Finanzialisierung*. Wiesbaden: 97-113.

- Kliman, Andrew/Williams, Shannon D. (2015): Why 'financialisation' hasn't depressed US productive investment. In: *Cambridge Journal of Economics* 39: 67-92.
- Krippner, G. R. (2011): *Capitalizing on Crisis: The Political Origins of the Rise of Finance*. Cambridge.
- Langley, Paul (2008): *The Everyday Life of Global Finance: Saving and Borrowing in Anglo-America*. Oxford.
- Lynch, David J. (2014): Big Money. Inside the Democratic Party Split: Pragmatists Vs. True Believers. In: *Bloomberg*, 19. Dezember 2014.
- MacGillis, Alec (2014): Tea Party Populism Is Dead. The GOP Is Back in Bed With Wall Street. In: *New Republic*, 30. Oktober 2014.
- Nesvetailova, Anastasia (2014): Innovations, Fragility and Complexity: Understanding the Power of Finance. In: *Government and Opposition* 49(3): 542-568.
- Paul, Ari (2015): The right's attack on US government unions. In: *Equal Times*, 12. März 2015.
- PEW Research Center (2013): Five Years after Market Crash, U.S. Economy Seen as 'No More Secure', 12. September, Washington DC.
- Popper, Nathaniel/Eavis, Peter (2015): New rules spur a humbling overhaul of Wall St. banks. In: *New York Times*, 19. Februar 2014.
- Prasch, Robert E. (2012): The Dodd-Frank Act: Financial Reform or Business as Usual? In: *Journal of Economic Issues* XLVI(2): 549-556.
- Protest, Ben (2013): Prosecutors, Shifting Strategy, Build New Wall Street Cases. In: *New York Times*, 18. Februar 2013.
- Riffkin, Rebecca (2014): In U.S., Confidence in Banks Remains Low, In: *Gallup Economy*, 26. Juni 2014.
- Rowe, James and Myles Carroll (2014): Reform or Radicalism: Left Social Movements from the Battle of Seattle to Occupy Wall Street. In: *New Political Science* 36(2): 149-171.
- Schaefer, Steve (2014): Five Biggest U.S. Banks Control Nearly Half Industry's \$15 Trillion in Assets. In: *Forbes*, 12. März 2014.
- Scherrer, Christoph (2014): Öffentliche Banken bedürfen gesellschaftlicher Aufsicht. In: *Kurswechsel* 4: 16-24.
- (2013): Von der Finanzialisierung zurück zum Boring Banking? In: *Vierteljahresheft zur Wirtschaftsforschung* 82(4): 31-43.
- (2008): Bleibt das US-Finanzkapital trotz Krise hegemonial? In: *PROKLA* 38(4): 535-559.
- Smallberg, Michael (2013): *Big Businesses Offer Revolving Door Rewards*. Washington DC.
- Story, Louise (2010): A secretive banking elite rules trading in derivatives. In: *New York Times*, 11. Dezember 2010.
- The Volcker Alliance (2015): *Reshaping the Financial Regulatory System*. New York.
- Vinik, Danny (2014): Eric Holder Resigns: Attorney General's Weak Record on Wall Street. In: *New Republic*, 25. September 2014.
- Weisman, Jonathan (2014): U.S. Declares Bank and Auto Bailouts Over, and Profitable. In: *New York Times*, 19. Dezember 2014.
- Weisman, Jonathan/Lipton, Eric (2015): In New Congress, Wall St. Pushes to Undermine Dodd-Frank Reform. In: *New York Times*, 13. Januar 2015.
- Wullweber, Joscha (2015): Post-Positivist Political Theory, in: Gibbons, Michael T. (Hg.): *The Encyclopedia of Political Thought*. Chichester: 1-11.